

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten
Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Hauptzollamts und des Bezirkschulamts zu Waugen sowie des Finanzamts und des Stadtrats zu Bischofswerda und der Gemeindebehörden beiderseits bestimmte Blatt



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgroßkassa Bischofswerda Konto Nr. 64

Verkaufspreis: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Drei ins Haus halbmöndlich Mark 1.10 beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 25 Pf. Einzelnummer 10 Pf. (Sonnabendnummer 15 Pf.)

Fernsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle von Betriebsstörungen oder Unterbrechung der Beförderungseinrichtungen durch höhere Gewalt hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 46 mm breite einspaltige Millimeterzeile 6 Pf. Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 25 Pf. Nachschlag nach den gesetzlich vorgeschriebenen Sätzen. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 65

Montag, den 18. März 1935

90. Jahrgang

Die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland.

Die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland, die wir durch eine Sonderausgabe bereits bekannt gaben, hat erwartungsgemäß in der ganzen Welt den größten Eindruck gemacht. So nachhaltig dieses Echo ist, in keinem Lande traf diese Nachricht als sonderliche Ueberraschung ein; selbst in Frankreich betrachtet man die neugeschaffene Lage als einen Zustand, den man seit langem erwartet habe. Das hindert natürlich die Scharfmacher an der Seine nicht, nach rigorosen Zwangsmaßnahmen zu rufen und die amtlichen Kreise in Paris wollen einen gemeinsamen Einspruch mit England und Italien in Berlin unternehmen. Aber das schafft die Tatsache nicht aus der Welt: Versailles ist tot! Eine neue Welt beginnt sich langsam auf Verhältnisse einzurichten, die im Gegensatz zu den sogenannten Friedensverträgen der Pariser Vororte stehen und die sich grundsätzlich unterscheiden von der Zerteilung der Welt in besiegte Völker ohne Wehr und Ehre und in Siegerstaaten, denen jede Willkür erlaubt ist.

Der Führer, der am Sonntagmittag der Heldengedenkfeier in der Staatsoper in Berlin und der militärischen Totenehrung im Lustgarten beigewohnt hatte, kehrte am Nachmittag nach München zurück, wo ihm ein bisher beispielloser, triumphaler Empfang bereitet wurde.

Der Führer über die Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit.

München, 18. März. (Eig. Funkmeldg.) Der Führer und Reichkanzler beantwortete nach seiner Ankunft in München dem bekannten englischen Journalisten der „Times“, Ward Price, einige Fragen.

Auf die Frage, ob Deutschland auch in Zukunft genau so bereit sei, mit England und Frankreich zu verhandeln, wie es dies in seiner Note vom 18. Februar zum Ausdruck gebracht hat, antwortete der Kanzler:

„Die Herstellung der deutschen Wehrhoheit ist ein Akt der Wiederherstellung der verletzten Souveränität eines großen Staates. Anzunehmen, daß ein souverän gewordener Staat weniger geneigt sei zu einer Verhandlung, als ein nicht souveräner, würde absurd sein. Gerade weil wir ein souveräner Staat sind, sind wir auch bereit, mit anderen souveränen Staaten zu verhandeln.“

2. Ward Price fragte dann den Kanzler, ob nach wie vor Deutschland sich an die territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages gebunden hielt, worauf der Kanzler erwiderte:

„Durch den Akt der Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit ist der Versailler Vertrag nur in jenen Punkten berührt, die durch die Verweigerung der angedeuteten Abrüstungsverpflichtung der anderen Staaten tatsächlich ohnehin schon längst ihre Rechtskraft verloren haben. Die deutsche Regierung ist sich klar darüber, daß man eine Revision territorialer Bestimmungen internationaler Verträge nie durch einseitige Maßnahmen hervorgerufen kann.“

3. Zum Schluß fragte Ward Price den Führer, welchen Eindruck die Proklamation vom 16. März auf das deutsche Volk gemacht hätte. Des Führers Antwort war:

„Sie haben ja, Ward Price, im übrigen die Stimmung des deutschen Volkes in Berlin gesehen, und sehen sie nun im Süden des Reiches, in München. Sie ist in keinem Ort in Deutschland anders. Dies mag Ihnen aber etwas zeigen:

Das deutsche Volk empfindet den Akt der deutschen Regierung von gestern überhaupt nicht so sehr als einen militärischen, als vielmehr einen moralischen. Es hat 15 Jahre lang gekämpft unter Bestimmungen, in denen es ein selbstverständliches Eigenrecht jedes Volkes verlegt sah. Hätte die Welt eine internationale Abrüstung durchgeführt, das deutsche Volk wäre mehr als zufrieden gewesen. Daß die übrige Welt rüffel und Deutschland jedes Selbstverteidigungsrecht bestreitet, wurde als ungeheuerliche und entwürdigende Vergeßlichkeit empfunden. Daß diese wehrlose Stellung aber außerdem noch zu einer ununterbrochenen Folge von Demütigungen führte, läßt erst das stolze Glück begreifen, das die Nation nunmehr nach der Wiederherstellung ihrer Ehre empfindet. Wenn Sie einen dieser Millionen aber nun fragen würden, ob er denn nun an Frieden oder Krieg denke, dann würde er Sie vollkommen verständnislos ansehen. Denn alle diese jubelnden Menschen werden ja nicht bewegt von irgendeinem Gefühl des Hasses gegen irgendeine andere Nation, sondern ausschließlich vom Gefühl des Glückes, daß das eigene Volk nunmehr wieder freigesprochen ist. Sie alle bewegt nur der eine Gedanke, daß sie sich nunmehr wieder, ohne sich schämen zu müssen, einem großen Volke zurechnen dürfen. Sie verstehen dies nicht und können dies nicht verstehen. Würden Sie aber ähnliches durchlebt haben wie das deutsche Volk, dann würden Sie vielleicht die Empfindungen begreifen, die einen Menschen erfassen, den man anderthalb Jahrzehnte lang in einer erlösten Stellung hielt und der sich nun seine Ehre selbst zurückgegeben hat. Und deshalb ist es mir auch möglich, in derselben Proklamation, in der ich die nationale Wehrhoheit des Deutschen Reiches wiederherstelle, laut und deutlich für den Frieden zu plädieren und unsere Mitarbeit an der Sicherung des Friedens zur Verfügung zu stellen. Denn das deutsche Volk will keinen Krieg, sondern es will ausschließlich das gleiche Recht aller anderen! Das ist alles.“

Paris wünscht diplomatische Schritte.

Während die ersten Meldungen über die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland in Paris keine sonderliche Ueberraschung hervorriefen und man sie als ein seit langem erwartetes Geschehen aufnahm, bestanden sich die amtlichen Kreise darauf, daß man so etwas wie einen Einspruch einlegen müsse. Daß ein solcher Schritt nur vollständig erfolglos sein kann, darüber ist man sich wohl von vornherein klar.

Paris, 18. März. (Eig. Funkmeldg.) Die Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland nimmt auch in der Pariser Montagspresse den gebührenden Raum ein. In amtlichen französischen Kreisen war man jedoch am Sonntagabend noch nicht über die Absichten der englischen Regierung unterrichtet und warierte deshalb mit einer gewissen Ungeduld den englischen Kabinettsrat vom Montag ab. Dagegen

sollen die Besprechungen, die zwischen der italienischen und der französischen Regierung auf diplomatischem Wege stattgefunden haben, nach Ansicht gutunterrichteter Kreise bereits zu einer Einigung darüber geführt haben, daß die erste Antwort, die auf den Beschluß der Reichsregierung zu erlassen sei, in einem Protestschreiben der Botschafter Paris, London und Rom in Berlin bestehen müsse. Anschließend daran sollen die Besprechungen zwischen den drei Mächten auf diplomatischem Wege fortgesetzt werden, um vor allem die ganze Angelegenheit vom rein juristischen Standpunkt aus zu betrachten. Man erklärt in diesem Zusammenhang in gutunterrichteten Kreisen,

daß man gerade diese Seite der Frage als sehr heikel betrachte, da der Versailler Vertrag eine Verletzung der Militärklauseln nicht vorgesehen habe, sondern lediglich

einmalige Maßnahmen im Falle einer Verletzung der Reparationsklauseln. Auch der Locarnovertrag habe diese Möglichkeit nicht berücksichtigt.

Man werde sich aber, so erklärt man weiter in diesen Kreisen, mit der Möglichkeit eines Schrittes beim Völkerverbund befassen. Man könne die Rückwirkungen, die der Beschluß der Reichsregierung auf London, Rom und Paris habe, dahin zusammenfassen, daß zunächst ein Protestschreiben der drei Mächte in Berlin erfolge, dann auf Grund des römischen Abkommens auf diplomatischem Wege eine Beratung zwischen den drei Mächten stattfinde und schließlich, falls eine Einigung darüber zustande komme, der Völkerverbund angerufen werde.

Die Pariser Morgenpresse teilt diese Auffassung nicht ganz. Die Blätter erklären übereinstimmend, daß die italienische Regierung zwar auf gewisse französische Vorschläge geantwortet habe und sich mit einem Protestschreiben in Berlin und einer anschließenden Beratung der drei Großmächte über etwaige weitere Maßnahmen einverstanden erkläre, daß sie aber keineswegs Reue zeige, die Angelegenheit dem Völkerverbund zu unterbreiten.

Der Londoner Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ glaubt zu wissen, daß die englische Regierung einen Versuch machen werde, eine neue Verhandlungsgrundlage mit Deutschland zu finden. „Journal“ ist der Ansicht, daß man sich davor hüten müsse, dem Völkerverbund Gelegenheit zu geben, seine Machtlosigkeit zu beweisen. Der Versailler Vertrag sei endgültig zerrissen und niemand könne ihn wieder zusammenfügen, vor allem aber nicht der Völkerverbund. „Petit Parisien“ glaubt annehmen zu können, daß eine feierliche Erklärung abgegeben werde, um Deutschland die ganze Schwere seiner einseitig getroffenen Maßnahmen vor Augen zu führen. In Übereinstimmung mit einer Reihe anderer Blätter glaubt der „Petit Parisien“ ferner, daß Außenminister Laval oder Ministerpräsident Flanin am Mittwoch gelegentlich der Aussprache über die Effektivbestände im Senat auf den Beschluß der Reichsregierung antworten werde.

Kabinettsitzung in London.

Keine Änderungen im Besuchsplan Simons erwartet.

London, 18. März. (Eig. Funkmeldg.) Ueber die Aufassung in London schreibt der Parlamentskorrespondent der „Times“: Bei keiner Stelle besteht die Meinung, den Ernst der deutschen Erklärung herabzusetzen. Aber die Minister lassen sich nicht durch ein falsches Gefühl der Bestürzung an der Fortsetzung ihrer Bemühungen um Frieden in Europa verhindern. Das Kabinett wird sich heute vormittag 10.30 Uhr natürlich mit der Frage der Besuche in Berlin, Moskau und Warschau beschäftigen, aber es wird allgemein geglaubt und gehofft, daß es keine Änderung in den bereits getroffenen Vorkehrungen geben wird. Tatsächlich wird geglaubt, daß die Ereignisse des Wochenendes die Notwendigkeit unmittelbarer Fühlungnahme zwischen Herrn Hitler und der britischen Regierung dringender als zuvor gemacht haben.

Der Korrespondent bemerkt noch, selbstverständlich könne kein Zweifel darüber bestehen, daß England, Frankreich und Italien in enger Fühlung miteinander bleiben würden. Die weitere Anregung aber, die in einigen Kreisen gemacht werde, Deutschland eine gemeinsame Protestnote zu übergeben, erfordere sorgfältigere Erwägung in einem Augenblick, wo gehofft werde, daß der Besuch britischer Minister eine endgültige Antwort auf die höchst wichtige Frage bringen werde, ob Deutschland sich an einem kollektiven System beteiligen wolle oder nicht. In diesem Punkte dürfte eine selbständige Nachfrage seitens Großbritanniens — die sich auf das Bevorstehen eines Besuchs gründete, der im Falle einer negativen Antwort keine Zeitverschwendung wäre — das bessere Verfahren sein.

Clond George zeigt Verständnis für das deutsche Vorgehen.

London, 18. März. (Eig. Funkmeldg.) In einer Unterredung mit einem Vertreter von „News Chronicle“ erklärte Clond George unter Bezugnahme auf die Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland, man dürfe den Kopf nicht verlieren. Es bestehe kein Grund zur Panik. Die Mitunterzeichner des Versailler Vertrages hätten kein moralisches Recht, die Teile des Vertrages durchzusetzen, die sie selbst in flagranter und herausfordernder Weise gebrochen haben. Soweit Großbritannien in Betracht komme, habe die britische Regierung nicht das Recht, nach der Ausgabe